



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/XI/208 - 11. September 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 179
Fernsprecher 24631 - 33
Fernschreiber 0866890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den deutsch-russischen Verhandlungen	S. 1
Die französische Presse und die deutschen Wahlen	S. 2
Vertrag mit der evangelischen Kirche in Nordrhein- Westfalen	S. 4
Die Wahrheit über die Renten in Mexiko 1953	S. 5 S. 7
Zu Dallas' letzter Pressekonferenz	S. 6
Sonderdienst: Irakas Wahlserat	

Menschenschicksal...

sp - Endlich geben Sprecher der Bundesregierung zu, dass bei den Verhandlungen über die Repatriierung deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion das Deutsche und das Russische Rote Kreuz beachtliche Verdienste geleistet hätten. Vier oder fünfmal in den vergangenen vier Wochen wurde die Bundesregierung gerade in dieser Frage angesprochen. Sie schwieg sich aus. Jetzt wird gesagt, im Juli dieses Jahres seien 204 Deutsche aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik zurückgekehrt, trotzdem diese nach der grundsätzlichen sowjetischen Auffassung nicht als deutsche Staatsbürger betrachtet werden.

Von diesem Zeitpunkt an stockt die Repatriierung. Es ist kein Geheimnis, dass die Stockung der auf der Grundlage von Vereinbarungen der Roten-Kreuz-Organisationen bereits in Gang befindlichen Repatriierungsmaßnahmen eintritt, als es Bonn für richtig hielt, das menschliche Problem der Rückführung Deutscher aus der Sowjetunion zu einer politischen, wenn nicht gar handelspolitischen Frage zu machen. Als außerdem von offizieller deutscher Regierungseite Zahlen und Kategorien repatriierungswilliger Deutscher genannt wurden, die mit den von der Roten-Kreuz-Organisationen bereits besprochenen Zahlen und Kategorien überhaupt nicht in Einklang zu bringen waren, kam es zum völligen Stillstand der Verhandlungen.

Wir wissen nicht, wie viele Deutsche seit Beginn der unter dem Zeichen des Bonner Prestiges geführten Regierungsverhandlungen in Moskau die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat aufgeben mussten. Eines wissen wir jedoch: Die Methode Bonns, Menschenschicksale in Verbindung mit politischen und handelspolitischen Forderungen in Moskau - möglichst noch mit dem Hinweis auf die sogenannte Politik der Stärke - "auszuhandeln", ist ein erneuter Beweis für die Unfähigkeit dieser Bundesregierung.

* * *

Mangel an objektiver Berichterstattung

- E - , Paris

In den letzten Tagen hat sich das Interesse der französischen Öffentlichkeit für die deutschen Bundestagswahlen bedeutend gesteigert. Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen Berichte und Reportagen ihrer Deutschlandkorrespondenten und Sonderberichtersteller, Deutschland-Spezialisten, u.a. der frühere Botschafter André Francois-Poncet trachten danach, die Franzosen über Sinn und Bedeutung dieser Wahlen aufzuklären. Es mangelt der französischen Presse in ihrer Beurteilung der deutschen Situation und der Bestrebungen der deutschen Parteien an Objektivität. Allzu sehr ist sie in Wunschträumen und Auffassungen befangen, von denen sie trotz lobenswerter Versuche nicht loskommen kann.

Dies ist offensichtlich der auf zurückzuführen, dass es die CDU - und wahrscheinlich auch offizielle deutsche Stellen - ausgezeichnet verstanden haben, die französischen Korrespondenten in der Dienst ihrer eigenen Propaganda zu stellen. Diesen Berichterstellern wurde in reichlichem Umfange Platz im Kanzler-Gefolge während seines Wahlfeldzuges eingeräumt, sodass sie vor allem über dessen Kampagne und ihre Aufnahme durch die deutschen Bevölkerungskreise berichteten, mit denen sie in Kontakt gebracht wurden - und weil sie andererseits weit weniger Möglichkeiten hatten, die Wahlkampagne anderer Parteien und vor allem der Sozialdemokraten zu verfolgen, da ihnen dort grosszügige Erleichterungen, wie sie Dr. Adenauer und die CDU zu bieten haben, aus materiellen Gründen nicht gewährt werden konnten. Auf alle Fälle ist das Ergebnis eine nicht sehr objektive Wertung der wirklichen Situation.

Allgemein unterstreichen die französischen Berichtersteller die Aggressivität des Bundeskanzlers und sagen dazu, dass er die politischen Probleme den Massen zwar in einer sehr vereinfachten, aber doch eindrucksvollen Weise vorzutragen versteht. Vielleicht unterschätzen die französischen Beobachter doch allzu stark die Urteilsfähigkeit der deutschen Wähler, wenn sie annehmen, eine Verniedlichung der Probleme durch den Bundeskanzler genüge, um der CDU neue Scharen zu-

zutreiben. Vielleicht sind sie auch nicht genügend mit den deutschen Problemen vertraut, um die Bedeutung der Frage der Wiedervereinigung in diesem Wahlkampf deutlich genug einschätzen zu können. Fraglich ist auch, ob die französischen Beobachter die Bedeutung des Atom-Problems und der Aufrüstung, verbunden mit der allgemeinen Wehrpflicht in ihrer Wirkung auf den Wähler auf Grund der in Adenauer-Versammlungen gemachten Erfahrungen korrekt beurteilen können.

Einheitlich stellen jedoch alle französischen Beobachter fest, dass die Sowjets den deutschen Wählern zahlreiche Argumente zugunsten des Bundeskanzlers lieferten und Dr. Adenauer diese kommunistische Schützenhilfe geschickt auszuwerten weiss.

* * *

Vex populi

J.S. - Rief da aufgeregt ein Funktionär der CDU bei einer hannoverschen Zeitung an und begehrte ein Wahlinserat. Es war schon spät in der Woche und das Inserat sollte wegen der Breitenwirkung noch in die Wochenend-Ausgabe. Gegenüber Vorstellungen, dass es fast zu spät sei, pochte der biedere Funktionär auf den Geldbeutel seiner Partei: eine Viertelseite, so ein Inseratengeschäft blüht nicht alle Wochenende. Auf die Kontrolle verzichtete der Auftraggeber; es war ja so ein ohrengängiger Wahl-Slogan, den er durchgegeben hatte, von messerscharfen Gehirnen eräccht, auf Millionen Plakaten landauf, landab untere Volk gebracht, also bereits Allgemeingut geworden. So dünkte ihm, dem Funktionär, der in diesen aufgeregten Tagen nur in seiner Welt lebte.

Der Auftragnehmer, in diesem Fall die Sekretärin der Anzeigenabteilung, war nicht minder aufgereggt: so eine grosse Partei, so ein grosses Inserat und so schnell muss es gehen. Und die unschuldsvolle Sekretärin stenographierte mit wie sie es vorstand. Das Ergebnis des heftigen Inseratenauftrages liessen die Abenteurer der Zeitung (in Breitenwirkung, weil zum Wochenende) behaglich zum Wochenende, vier-spaltig, über eine Viertelseite:

"Tatsachen fehlen,
CDU wählen"

So geschahen, acht Tage vor der Wahl

* * *

- 4 -

11. September 1957

CDU nicht allein der Garant für die Kirchen

D.Str. Während Mitglieder der katholischen "Aktion" vor den Kirchentüren in der Stadt Münster Flugblätter verteilen, die sich gegen die SPD und FDP richten, unterzeichneten in der evangelischen Akademie Wilhelm/Ruhr der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, Kultusminister Professor Lichtenberg, die Vizepräsidenten der evangelischen Landeskirche von Westfalen, D. Lücking und Dr. Thümmel, sowie Oberkirchenrat Ulrich von der rheinischen Landeskirche den Vertrag des Landes an Rhein und Ruhr mit der evangelischen Kirche dieses Bistums.

Wesentlicher Inhalt des Vertrages ist die Erhöhung der jährlichen Staatszuwendungen des Landes an die beiden Landeskirchen um je 225 000 DM. Bisher betragen diese Zuwendungen 1 050 000 DM. Diese zusätzlichen Mittel sollen dazu dienen, die Arbeit im Ruhrgebiet zu intensivieren, um den kirchlichen Dienst an den aus dem deutschen Osten eingeströmten Millionen von Protestanten zu verstärken. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Errichtung von zwei Predigerseminaren geplant.

Erst vor einiger Zeit hatte Ministerpräsident Steinhoff mit der katholischen Kirche einen Vertrag unterzeichnet, der die Errichtung des Bistums Essen vorsah. Dadurch wurde eine Erhöhung der jährlichen Dotationen für die katholischen Bischöfe des Landes von jährlich 2 Millionen DM um 255 000 DM notwendig. Zu dieser Summe kommen noch 11,9 Millionen DM für die Besoldung der katholischen Geistlichen.

Hat erst Heinrich Köpf, der frühere Ministerpräsident von Niedersachsen, 1955 einen gleichen Kirchenvertrag mit der evangelischen Kirche abgeschlossen, so folgt jetzt wiederum ein sozialdemokratischer Ministerpräsident diesem Beispiel, das jene unbegründete Hetze gegen eine angebliche Christenfeindlichkeit derjenigen Politiker, die nicht der CDU angehören, ad absurdum führt. Es ist noch in guter Erinnerung, dass es die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen war, die dem Katholikentag 1956 eine namhafte Summe zur Verfügung stellte, dass es der NRW-Kultusminister war, der nach Jahrzehnten vergeblichen Bemühens der katholischen Elternschaft und Geistlichkeit den Kommunionkindern einen schulfreien Tag nach ihrem Lehrentag ermöglichte, so dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit Recht darauf hinweisen kann: "Unser Verhältnis mit den Kirchen ist gut".

Denjenigen kulturkämpferischen Kräften innerhalb der CDU und des politischen Klerikalismus, die glauben, dass eine Entfaltung der Kirchen nur unter einem CDU-Protektionismus möglich ist, seien diese Beispiele aus Nordrhein-Westfalen vorgehalten. Denn nach diesen würde sich auch eine sozialdemokratische Kulturpolitik auf Bundesebene ausrichten.

Enttäuschende Zahlen

Zahlen, die die Landesversicherungsanstalt Hannover für ihren Bereich auf einer Pressekonferenz bekanntgab, beweisen, wie berechtigt die Kritik an der Rentenreform ist und wie voreilig die Lobpreisungen ihrer Befürworter waren. Bundesarbeitsminister Storch hat wiederholt erklärt, die 1956 gezahlten Sozialversicherungsrenten seien nach ihrer Umstellung auf Grund der neuen Gesetze im Durchschnitt um 58 % erhöht worden. Das ist leider nicht wahr.

Die Landesversicherungsanstalt Hannover zählte monatlich -allen Rentnern und Rentnerinnen im Durchschnitt

1956 (einschl. Sonderzulagen): DM 89,-- und
1957 (einschl. Sonderzulagen): DM 125,--

Die Erhöhung macht also nur 40 Prozent und nicht 58 Prozent aus.

Sie zahlte den 55 bis 64jährigen Männern im Durchschnitt

1956 (einschl. Sonderzulagen): DM 103,-- und
1957 (einschl. Sonderzulagen): DM 135,--

Erhöhung also nur 31 und nicht 58 Prozent!

Sie zahlte den Rentnerinnen aus eigener Versicherung im Durchschnitt

1956 (einschl. Sonderzulagen): DM 89,80 und
1957 (einschl. Sonderzulagen): DM 89,20

Erhöhung also nur 28 Prozent!

Die Wohlfahrtsämter zahlen Hilfsbedürftigen als Fürsorgeleistung neben dem Fürsorgerrichtsatz noch Miete, Heizlieferung und einmalige Beihilfen. Rentner unter 65 Jahren erhalten im Bereich der LVA Hannover im Durchschnitt 10 bis 25 Prozent weniger als die Wohlfahrtsämter einem Ehepaar an Fürsorgeleistung zahlen. Rentnerinnen aus eigener Versicherung junge und alte, erhalten weniger als die Fürsorgeleistung für Alleinlebende ausmacht.

Im Bereich der Landesversicherungsanstalten der Industriegebiete sind die Löhne und daher auch die Renten im Durchschnitt höher als im weitgehend landwirtschaftlich bestimmten Hannover. Aber die angeführten Zahlen zeigen, wie weit die Realengesetze uns von der Verwirklichung

der Gewerkschaftsforderung entfernt liessen: Ein Alter ohne Not muss noch erkämpft werden.

Rentenfiabel erweckte falsche Hoffnungen

Nun darf nicht vergessen werden, dass erst durch das Drängen der Rentner und Gewerkschaften und des Druck der parlamentarischen Opposition endlich die Rentengesetze zustandekamen. Dies ist umso wichtiger, als aus Steuermitteln Broschüren verbreitet wurden, die mit angeblich typischen Beispielen bei den Rentnern falsche Hoffnungen erweckten. So berichtet das Bundespresseamt in einer teuren Broschüre von einer Witwenrente, die von 65.-- D- auf 140 Prozent auf 157.-- D- erhöht wurde. Aber von den 105 000 Witwenrenten der IWA Hannover liegen 96 000 unter 157.-- D- M. Es hat keine einzige Erhöhung einer ungestellten Witwenrente um 141 Prozent gegeben. Ähnlich verantwortungslos erweckte die "Rentenfiabel" durch ausgeklügelte Beispiele Rentnerhoffnungen. Jetzt sind die Rentner mit Recht enttäuscht.

Wie hoch sind die Renten nach der neuen Rentenformel?

Das "Sozialkabinett" der Bundesregierung hatte am 17. Februar 1956 versprochen, nach 40 Beitragsjahren soll die Altersrente 60 Prozent des 'Brutto-Arbeitsverdienstes vergleichbarer Arbeitnehmer' betragen. Die IWA Hannover hatte noch nicht genügend Renten nach der neuen Rentenformel festgesetzt. Sie konnte deshalb auf Fragen noch keine Auskunft geben. Nach die Bundestahn-Versicherungsanstalt Abteilung A hat mitgeteilt, dass die neu berechneten Arbeitsruhegelder nur zwischen 50 und 55 Prozent der letzten Jahresarbeitsverdienste liegen. Die Bundestahnarbeiter haben nun in der Regel verhältnismässig wenig Beitragsschlücken. Bei den allgemeinen Versicherungsträgern werden darum im Durchschnitt nur Renten von 47 bis 50 Prozent des letzten Jahresarbeitsverdienstes erreicht werden - also 10 bis 16 Prozent weniger als das Sozialkabinett zusagte. Nur wenn der neue Bundestag die rentensenkenden Heberbestimmungen der Rentenformel ändert, sind bessere Renten möglich.

Frauenrenten in Gefahr

Eine erschreckend hohe Zahl der 1957 von der IWA Hannover neu festgesetzten Renten war nach der neuen Rentenformel (einschl. Sonderzuschuss) niedriger als nach der alten Rentenformel (einschliessl. Sonderzulage). Die von der Opposition im Bundestag nach harten Kämpfen durchgesetzte Bestandsklausel sollte in diesem Fall vor niedrigeren Renten sichern.

Bei 83 Prozent aller Frauenrenten und 25 Prozent aller Männerrenten war die Bestandsklausel notwendig. Die Bestandsklausel läuft 1961 ab. Der neue Bundestag muss sie also unbedingt verlängern, sonst wird ein grosser Teil der Beitragszahlerinnen vorheute später so niedrigere Renten erhalten, die der Formung nach einem Alter ohne Not Rohn sprechen. (Aus der sechsten erschienenen Nr. 18 der Gewerkschaftspost, dem Zentralorgan der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik)

Adenauers "Sicherheitspakt" als Wahlschlager

sp - In allen ihrer Wahlreden reissen Adenauer und seine Paladine den sozialdemokratischen Vorschlag zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage des wiedervereinten Deutschland herunter. Sie sprechen von einem "Fetzen Papier", sagen, dass man mit der Sowjetunion überhaupt nicht verhandeln könne und behaupten, durch ihre Politik dem deutschen Volk Sicherheit gebracht zu haben.

Vor vier Jahren klang es anders. Genau zwei Tage vor der Bundestagswahl 1953 gab Adenauer eine aussenpolitische Erklärung ab, in der er die Schaffung eines neuen Sicherheitssystems auf der Grundlage von regionalen Bündnissen sowohl des Westens wie auch des Ostblocks forcierte. "Um dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen", so sagte er damals wörtlich, "kann das regionale Bündnis der europäischen Gemeinschaft, nachdem es mit der Atlantik-Pakt-Organisation verbunden ist, im Rahmen eines innerhalb der UNO zu entwickelnden Oberbaues in ein vertragliches Verhältnis zu den regionalen Bündnissen des Ostblocks gebracht werden. Geeignete Formen von hinsichtlich der militärischen Seite eines solchen Systems wären im Verhandlungswege zu ermitteln".

Wenn auch Herr Adenauer vorschwebte, die später gescheiterte UNO in die Atlantik-Pakt-Organisation "einzubauen" - was an sich eine unsinnige Vorstellung war - so liess er doch im Schwunge des Wahlkampfes durchblicken, dass er sich sehr wohl ein neues Sicherheitssystem mit regionalen Bündnissen und im Schutz der UNO vorstellen könne. Viele Deutsche hielten Herrn Adenauer schon damals für einen grossen Staatsmann, haben aber sicher längst vergessen, dass - wie seine spätere Regierungspraxis zeigte - er sie bereit gewesen ist, ernsthaft seine eigenen Pläne zu einer internationalen Diskussion zu stellen.

Interessantes Detail am Rande: Dieser Tage beschwerte sich die Bundesregierung darüber, dass die jüngste Sowjetnote ausgerechnet kurz vor der Wahl abgegeben wurde. Damals hat sich die Bundesregierung nicht darüber beschwert, dass Adenauer zwei Tage vor der Bundestagswahl 1953 mit Unterstützung und Zustimmung der Westmächte seinen sensationellen Sicherheitsplan als Wahlschlager in die Welt hinausposaunte, und dass die Westmächte selbst acht Tage vor der Wahl eine Note an die Sowjetunion mit der Einladung zu einer Konferenz über die Deutschland- und Österreichfrage sandten...

Rüchtern: Einschätzung

ler - Offensichtlich teilt der amerikanische Außenminister Dulles nicht die Meinung des westdeutschen Bundeskanzlers, es sei bare Illusion, anzunehmen, man könne am Verhandlungstisch mit den Russen einig werden. Zum Unterschied von vielen europäischen Beobachtern hält er die nun abgebrochenen Londoner Abrüstungsgespräche nicht für einen Fehlschlag, er ist überzeugt, dass sich der in London erzielte Grad der Einigung im Laufe der Jahre als bedeutend erweisen und der Sache der Abrüstung dienlich sein werde. Der Leiter der amerikanischen Außenpolitik zählt gewiss nicht zu den Männern, die einen leichtfertigen Optimismus pflegen; umso bedeutsamer ist dann seine Beurteilung der Aussichten einer Verständigung mit der Sowjetunion, so schwierig sie auch zu erreichen sein wird.

Diese Verständigung, die auf der Tagesordnung der Weltpolitik den ersten Platz einnimmt, kann nur das Ergebnis von Verhandlungen sein. So hat sich denn auch Dulles auf seiner letzten Presskonferenz gehütet, Drohungen auszusprechen, weil er selbst nur allzu gut weiss, dass solche Drohungen, auch wenn hinter ihnen die stärkste materielle Gewalt stünde, im Zeitlaufe des atomaren Kräftegleichgewichts zwischen den beiden Militärblöcken unwirksam bleiben müssen. Aus dieser Erkenntnis entspringt der Zwang, neue Wege zu beschreiten, da sich die alten als ungenügend erwiesen haben. Die amerikanische Politik ist zu erstaunlichen Wandlungen fähig, sie reagiert rascher auf neue Situationen. Die Geschichte der amerikanischen Nachkriegspolitik liefert dafür genügend Anrechnungsunterricht.

Noch vor einigen Jahren gab es mächtige Strömungen in der amerikanischen Politik, die mit dem Gedanken eines Krieges mit der Sowjetunion spielten. Zum Glück für die Welt bekamen sie in Washington keinen entscheidenden Einfluss. Das zivile Element hielt sie an sich zu Kurzschluss-handlungen neigenden Militärs stets unter Kontrolle. Man denke nur an McArthur, den seinerzeitigen Oberbefehlshaber der UNO-Streitkräfte in Korea-Krieg. Er wurde, als er Anstalten traf, die ihm von Washington gezogenen Grenzen zu überschreiten, ungeachtet seiner grossen Verdienste um die amerikanische Nation, in die Wüste geschickt. Dies geschah zu einer Zeit, als die Vereinigten Staaten im Vergleich zur Sowjetunion viel stärker waren und die Versuchung gross war, von dieser Stärke Gebrauch zu machen. Die Führung der Vereinigten Staaten widerstand dieser Versuchung und sicherte sich damit den moralischen Führungsanspruch in der nichtkommunistischen Welt.

Dieses Dulles Adonsuch, wäre aber nicht dieses moralische Kapital verloren. Heute, im H-bomben- und Kernreaktorzeitalter, können die Vereinigten Staaten ihre beherrschende Position in der freien Welt nur halten, wenn sie niemals in der Versuchung erliegen, den Frieden zu sichern, der im Weltmaßstab nur gemeinsam mit der Sowjetunion gesichert werden kann. Das heisst der beiderseitige Verzicht auf die Mentalität des kalten Krieges und das ansehnliche Suchen nach Möglichkeiten, die beide Weltmächte aus der gegenseitigen Verstrickung herausführen. Die Vorschläge des amerikanischen Senatsausschusses, heute nur noch Gedanken, morgen wahrscheinlich schon praktizierte Politik, deuten die Richtung an, die die Vereinigten Staaten einschlagen werden. Sie wird über den Altarssteinen, in den Vorstellungen einer überholten Zeit verwurzelten Bundeskanzler hinweggehen.

* * *

Verantwortlich: Günter Werkscheffel